

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16078
Donnerstag, 24. Juni 2021

GAP-Trilog: Zeichen stehen auf Einigung	1
Brexit: Weniger Agrareinfuhren aus dem Vereinigten Königreich	2
Neue "Plattform Erneuerbare Kraftstoffe" gegründet	2
Bernhuber: Strikte Kontrollen für Lebensmittelimporte in die EU sind unumgänglich	3
Weinberger: Österreich ist Europameister beim Bodenverbrauch	4
Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ: Bauernbund fordert Klimazölle	5
LK Burgenland seit 90 Jahren verlässlicher Partner aller Bauern	6
Markus Hoyos als Obmann der Land&Forst Betriebe Niederösterreich bestätigt	7
Deutscher Bauerntag diskutiert Zukunft der Landwirtschaft	8
Geflügelpest in Deutschland: Experten stufen Risiko jetzt als geringer ein	9
Österreich hat prozentuell größten Zuwachs an Sojaanbau in Europa	10
OÖ Bauernparlament fordert rasche Umsetzung der Pflegereform	11
Geisler: Tirols Bergwald in all seinen Funktionen stärken	12
Klimaschutz durch Waldbewirtschaftung und Holzverwendung	14
Elf bäuerliche Betriebe in Oberösterreich als Erbhöfe ausgezeichnet	15
Ukraine: Mais-Anbaufläche 2021 gesunken	16

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

GAP-Trilog: Zeichen stehen auf Einigung

EU-Mitgliedstaaten gehen auf Europaparlament zu

Brüssel, 24. Juni 2021 (aiz.info). - In einem zweiten Anlauf soll die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Jahre 2023 bis 2027 nun verabschiedet werden. In der Nacht von Freitag auf Samstag wird eine Einigung zwischen der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft und dem Europaparlament erwartet. Der Trilog beginnt in Brüssel am Donnerstagnachmittag. Die EU-Mitgliedstaaten sind seit dem Scheitern der Reformverhandlungen Ende Mai auf die Europaabgeordneten zugegangen. Sie bieten inzwischen einen Anteil der Eco-Schemes von 25% am Budget der Direktzahlungen an, und zwar gleich ab dem ersten Jahr 2023. Dennoch soll es eine Sicherheit geben, falls in den ersten beiden Jahren der Reform die Mittel für die Eco-Schemes nicht ganz ausgeschöpft werden. Schließlich sind die neuen einjährigen Umweltprämien für die Landwirte freiwillig. Sollten also 2023 und 2024 immerhin 20% der Direktzahlungen in Form von Eco-Schemes von den Landwirten angenommen werden, dürfen die EU-Mitgliedstaaten die verbleibenden 5% den Basisprämien zuschlagen. Das Europaparlament lehnt dagegen Ausweichmöglichkeiten in der Lernphase ab. * * * *

Zudem sollen die Landwirte zukünftig etwas mehr Ackerfläche für den Artenschutz bereithalten. Die EU-Mitgliedstaaten haben ihr bisheriges Angebot aufgestockt und fordern nun 4% der Ackerfläche als reine Brache in den Grundanforderungen für die Direktzahlungen, für die keine Prämien in Umweltprogrammen gezahlt werden dürfen. Der Landwirt braucht nur 3% stillzulegen, wenn er auf weiteren 4% seines Ackerlandes Zwischenfrüchte oder Leguminosen anbaut, die allerdings mit einem Faktor von 0,3 gewichtet werden. Das Europaparlament fordert die Einbeziehung des Grünlandes in die Flächen für die Artenvielfalt und verlangt zudem einen Mindestprozentsatz für die Stilllegung für ganze EU-Mitgliedstaaten und nicht nur für einzelne Betriebe. Zusammen mit den Eco-Schemes bleibt damit die Flächenstilllegung eine der Hauptkontroversen im Trilog.

Die Organisation der Schlussverhandlungen wurde gegenüber dem gescheiterten Anlauf im Mai verändert. Die EU-Agrarminister tagen erst am kommenden Montag in Luxemburg und nicht mehr parallel zum Trilog. Die Minister können also dem Ergebnis erst im Nachhinein zustimmen oder es zurückweisen. Die portugiesische EU-Ratspräsidentin, Maria do Ceu Antunes, hat damit weniger Gelegenheit als noch im Mai, sich bei ihren Kollegen zu versichern. Ein erneutes Scheitern wollen die meisten Beteiligten unbedingt vermeiden. Das hieße nicht nur, die Reform um ein weiteres Jahr auf 2024 zu verschieben. In diesem Fall würden zudem Stimmen laut, die einen neuen Vorschlag von der EU-Kommission zur GAP-Reform verlangen werden, in dem dann die "Farm to Fork"-Strategie stärker berücksichtigt wird.

Noch mehr Druck zum ökologischen Umbau der GAP möchten aber die meisten EU-Agrarminister und zahlreiche Europaabgeordnete vermeiden. EU-Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans möchte die Strategien mit ihren Reduktionszielen für Betriebsmittel schon in den laufenden Vorschlag einbetten, was die EU-Agrarminister aber weitgehend zu verhindern wissen. (Schluss) mö

Brexit: Weniger Agrareinfuhren aus dem Vereinigten Königreich

EU-Kommission geht von Stabilisierung aus

Brüssel/London, 24. Juni 2021 (aiz.info). - Der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln leidet unter dem Brexit. Das Vereinigte Königreich lieferte seither weniger in die EU und verlagerte seine Exporte in andere Teile der Welt. Die EU-Kommission geht davon aus, dass die Ausfuhren von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln der EU ins Vereinigte Königreich durch die neuen Handelsregeln nur kurzfristig eingebrochen sind und längerfristig auf einem normalen Niveau verharren werden. Im Jänner lagen die Agrar- und Nahrungsexporte der EU ins Vereinigte Königreich mit 2,5 Mrd. Euro um 23% unter dem Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre, berichtete die EU-Kommission im Sonderausschuss Landwirtschaft in Brüssel. Der Einbruch zu Jahresbeginn könnte auch auf die COVID-Krise zurückzuführen sein, vermutet die EU-Kommission. Jedenfalls lagen die EU-Agrar- und Nahrungsexporte im Februar nur noch um 11% unter jenen der Vorjahre. Im März exportierte die EU schon wieder so viel wie in den Vorjahren. * * * *

Stärker wirkt sich dagegen der Brexit auf Agrar- und Nahrungsexporte aus dem Vereinigten Königreich in die EU aus. Die EU-Kommission meldet einen Rückgang um 66% im Jänner gegenüber dem Monat in den fünf vorangegangenen Jahren. Im Februar wurden 42% weniger als in den Vorjahren geliefert. Auch im März blieb es bei den Nahrungseinfuhren aus dem Vereinigten Königreich in die EU bei einem Rückgang von 25% gegenüber den Vorjahren. Die EU-Kommission verweist auf die verschärften Veterinärkontrollen, die Fleischlieferungen aus dem Vereinigten Königreich in die EU erschwerten. Im März exportierte das Vereinigte Königreich dafür 9% mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel in Länder außerhalb der EU. Eine längerfristige Verlagerung der britischen Agrarexporte ist deshalb zu erwarten. Seit Jänner gehört das Vereinigte Königreich nicht mehr zum EU-Binnenmarkt. Der Handel ist seitdem durch einen gesonderten Vertrag geregelt. (Schluss) mö

Neue "Plattform Erneuerbare Kraftstoffe" gegründet

Regenerative Rohstoffe sind bedeutende Klimaschutz-Komponente

Wien, 24. Juni 2021 (aiz.info). - Die "Plattform Erneuerbare Kraftstoffe" (PEK) wurde heute ins Leben gerufen. Ziel ist, die CO₂-Reduktion zum Schutz des Klimas mit alternativen Kraftstoffen voranzutreiben. Es gehe nicht um Verzicht und Verbote, sondern darum, einen alternativen, treibhausgasminimierenden und nachhaltigen Verkehrssektor weiterzuentwickeln, betonten die PEK-Vorstandsmitglieder **Johannes Schmuckenschlager** (Nationalratsabgeordneter und Präsident der Landwirtschaftskammer Niederösterreich), **Ewald-Marco Münzer** (CEO Münzer Bioindustrie) und **Bernhard Wiesinger** (Leiter der ÖAMTC-Interessenvertretung). Schlagwörter sind biogene Kraftstoffe, E-Fuels beziehungsweise synthetische Treibstoffe und Elektromobilität. * * * *

"Um die Klimaziele der Europäischen Union zu erreichen, braucht es Technologieoffenheit. Die österreichweite Einführung von E10 würde hierzulande jährlich 200.000 t CO₂ einsparen, und die Rohstoffe für die Erzeugung von E10 könnten zur Gänze aus heimischer landwirtschaftlicher Produktion gedeckt werden", betonte Schmuckenschlager. Es sei keine Konkurrenzfrage zur Nahrungsversorgung. "Denn auf 1 ha Ackerfläche werden genauso viele Lebensmittel wie

Biotreibstoffe unter Berücksichtigung der Nebenprodukte erzeugt. Mit der Produktion von Eiweißfuttermitteln könnten Importe kompensiert und könnte die Produktvielfalt sowie die von der Gesellschaft verstärkt eingeforderte Biodiversität gesteigert werden. In Österreich besteht bei den gesamten erneuerbaren Kraftstoffen die Möglichkeit zur Rohstoffveredelung, was letztlich zu einer höheren regionalen Wertschöpfung und mehr Arbeitsplätzen führt", erklärte Schmuckenschlager.

"Open fuel policy" als Teil der Lösung

"Die Zukunft der Mobilität wird darin bestehen, dass alle Technologien und Antriebsformen, die einen Beitrag zur Dekarbonisierung des Verkehrs, aber auch des Transportsektors leisten, diesen auch leisten können", unterstrich Münzer. Ergänzen und nicht ersetzen laute das Credo. "Greening the fuel" sei das Ziel, um den Kraftstoffsektor künftig klimaneutral zu gestalten. Zudem stehe die Plattform für eine "open fuel policy", also flexiblere Beimengungsquoten. "Die künftige Entwicklung geht in Richtung 'advanced biofuels', die aus Neben- und Abfallprodukten der Lebensmittelerzeugung hergestellt werden. Eine Auseinandersetzung, ob Teller oder Tank, bleibt damit erspart. Die heimischen Biodiesel-Produzenten setzen heute schon knapp drei Viertel Abfallrohstoffe und ein Viertel heimisches Pflanzenöl ein", plädierte Münzer für eine Technologie-Diversität. Die im Regierungsprogramm vorgesehene Forcierung von E10 sei dabei ein gutes und wichtiges Zeichen.

"Für biogene nachhaltige Kraftstoffe und E-Mobilität gibt es kein Entweder-oder", unterstrich Wiesinger. "Alle Prognosen rechnen damit, dass 2030 von 5 Mio. in Österreich zugelassenen Pkw noch immer über 4 Mio. einen Benzin- oder Dieselantrieb haben. Daher ist es unumgänglich, auch in der Bestandsflotte signifikant CO₂ einzusparen. Und das funktioniert nur mit erneuerbaren Kraftstoffen", so der Experte. Mobilität solle leistbar bleiben. Dagegen würden Maßnahmen wie etwa Steuererhöhungen mehr Kosten verursachen und weniger Mobilität bedeuten. "Mit erneuerbaren Kraftstoffen können wir nachhaltig CO₂ in einem Ausmaß, das auf anderen Wegen viel schwieriger erreichbar ist, einsparen", verdeutlichte Wiesinger.

Die Mitglieder der neuen "Plattform Erneuerbare Kraftstoffe" sind der ÖAMTC, die Münzer Bioindustrie, die Agrana, Johannes Schmuckenschlager und die Landwirtschaftskammer Österreich. (Schluss) hub

Bernhuber: Strikte Kontrollen für Lebensmittelimporte in die EU sind unumgänglich

Einführen von tierischen Produkten müssen EU-Standards entsprechen

Brüssel, 24. Juni 2021 (aiz.info). - Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben heute im Plenum über die Aufnahme amtlicher Kontrollen von Importen tierischer Erzeugnisse und Produkte in die EU abgestimmt. "Wir zielen darauf ab, die Einhaltung des Verbots bestimmter antimikrobieller Mittel bei Importen in die EU zu überprüfen und diese Prüfpflicht in bestehende Rechtsvorschriften aufzunehmen. Dabei haben wir entsprechende Vorschläge der EU-Kommission verbessert und nachgeschärft", sagt **Alexander Bernhuber**, Umweltsprecher der ÖVP im EU-Parlament. * * * *

Für die europäische Wirtschaft und für das Weltklima ist es kontraproduktiv, landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Nicht-EU-Staaten zu importieren, wenn dieselben Produkte regional produziert werden können. Strikte Importkontrollen sind für mich daher unumgänglich. Sämtliche

Einfuhrprodukte müssen europäischen Standards entsprechen", sagt Bernhuber und fordert eine Stärkung der regionalen Produktion von Lebensmitteln: "Regionalität sichert die Versorgung mit gesunden und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln. Sie trägt nachhaltig zur Stärkung der heimischen Wirtschaft bei, und schonende Produktionsmethoden mit kurzen Transportwegen schützen das Klima und die Umwelt. All das ist bei Einfuhrprodukten nicht gegeben, daher sind strenge Kontrollen das Mindeste, wenn Lebensmittel aus Drittstaaten auf europäischen Tellern landen."

Positiv erwähnt der EU-Abgeordnete einen Antrag der Europäischen Volkspartei, der eine Ersatzregelung für eine ausgelaufene Ausnahmeregelung für die Direktvermarktung von Geflügel fordert: "Es ist gegen die Vorschläge der 'Farm to Fork'-Strategie, wenn den Bäuerinnen und Bauern der Verkauf erschwert wird. Mit unserem Antrag wollen wir die Kommission erneut auf diese Problematik aufmerksam machen. Die Mehrheit der EU-Abgeordneten hat heute im Sinne der bäuerlichen Direktvermarktung abgestimmt, um weiterhin verarbeitetes Geflügel- und Kaninchenfleisch an die Gastronomie und den Lebensmitteleinzelhandel verkaufen zu können. Das ist ein wichtiger Schritt, um Druck auf die Kommission auszuüben, hier eine Ersatzregelung zugunsten der Landwirtschaft zu erzielen." (Schluss)

Weinberger: Österreich ist Europameister beim Bodenverbrauch

Nur umgehend umgesetztes Maßnahmenbündel kann Trendumkehr bringen

Wien, 24. Juni 2021 (aiz.info). - Die heute veröffentlichten Zahlen des Umweltbundesamtes sind wiederum erschreckend. So wurden in den Jahren 2018 bis 2020 noch immer 11,5 ha landwirtschaftliche Flächen pro Tag verbaut, das entspricht der Größe von 16 Fußballfeldern. Auch wenn es einen kosmetischen Rückgang um 4% gegeben hat, ist das brennendste nationale Umweltproblem noch immer nicht gelöst: Der Bodenverbrauch, also die Zerstörung unserer Böden und damit des Lebensraumes für Menschen, Tiere und Pflanzen, erfolgt noch immer grob fahrlässig. "Faktum ist: Wir sind noch immer meilenweit von dem im jetzigen Regierungsprogramm - und bereits erstmals im Jahr 2002 - festgelegten Zielwert von 2,5 ha pro Tag entfernt", zeigt der Vorstandsvorsitzende der Österreichischen Hagelversicherung, **Kurt Weinberger**, auf und ergänzt: "Tatsache ist, dass in Österreich täglich noch immer zu viel beste Agrarflächen für Straßen und Immobilien neu verbaut werden. Wir brauchen endlich ein Maßnahmenbündel, aber eines, das sich gewaschen hat." * * * *

Umgehend dringende Umsetzung eines Maßnahmenbündels

Nur mit diesem umfassenden Maßnahmenbündel kann man laut Experten den Flächenverbrauch in den Griff bekommen und das Wunderwerk Boden und damit die Zukunft unserer Kinder nachhaltig schützen. Dazu zählen die umgehende Erarbeitung (und Umsetzung) der von der Bundesregierung avisierten Bodenschutzstrategie, die Verankerung der Zielwerte für maximale Flächennutzung in den Raumplanungsgesetzen der Bundesländer, der gesetzliche Schutz wertvoller Agrarflächen vor Verbauung durch Photovoltaik (Photovoltaik ja, aber auf toter Infrastruktur, wie Dächern), finanzielle Anreizsysteme für die Revitalisierung leer stehender Immobilien (laut Umweltbundesamt 40.000 ha - wie die Wiener Stadtfläche) sowie die Installierung einer bundesweiten Leerstands- und Flächenmanagement-Datenbank.

Weiters sei der Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung zu geben. Das bedeutet, dass Baulandwidmungen nur noch dann genehmigt werden, wenn die betreffende Gemeinde nachweisen kann, dass keine angemessenen Innenentwicklungspotenziale und Leerstände verfügbar sind. Ferner ist verstärkt auf das Bauen in die Höhe und in die Tiefe zu achten und der öffentliche Verkehr auszubauen, da dieser weniger Fläche in Anspruch nimmt. Schließlich gehöre auch die Kommunalsteuer auf Bundesebene organisiert und im Wege des Finanzausgleichs nach Umweltkriterien an die Gemeinden verteilt.

"Als Finanzmanager eines Versicherungsunternehmens bin ich ständig mit den zunehmenden Naturkatastrophen konfrontiert. Wir haben beim Flächenverbrauch die Belastbarkeitsgrenze bereits längst überschritten. Begrenzte Landwirtschaftsflächen verlangen einen sofortigen Stopp des Bodenverbrauchs. Tun wir das nicht, dann gibt es in 200 Jahren keine Agrarflächen mehr. Wir müssen daher sofort konkrete Maßnahmen setzen. Ansonsten werden uns unsere Kinder fragen: Warum habt ihr unsere Heimat durch Verbauung zerstört und uns die Lebensgrundlage für immer genommen?", so Weinbergers abschließender Appell. (Schluss)

Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ: Bauernbund fordert Klimazölle

Grabmayr: Brauchen Unterstützung für Rindermäster und Fairness für Milchbauern

Linz, 24. Juni 2021 (aiz.info). - Mit Resolutionen zur heutigen Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ startet der OÖ Bauernbund politisch in den Sommer. Einerseits will man mit Klimazöllen Kostenwahrheit erreichen und die strengen heimischen Umwelt- und Klimaschutzstandards schützen, andererseits die Verwendung von Palmöl- und Kokosfett eindämmen. Im Bereich der Rinderhaltung geht es bei vielen Mästern mittlerweile schlichtweg um eine Absicherung ihrer Existenz. Eine ähnliche Situation herrscht auch bei den Milchbauern vor, wo der Bauernbund für faire Milchpreise seitens des Lebensmittelhandels eintritt. * * * *

"Was bringen strenge heimische Umweltauflagen und die Diskussion um einen europäischen Green Deal, wenn Importe aus Drittstaaten keinerlei Auflagen unterliegen und Produkte ungehindert in den Regalen der Supermärkte landen? Ohne die Einführung von Klimazöllen (CO₂-Steuern) bei Agrar- und Lebensmittelimporten würden durch Produktionsverlagerungen die negativen Umweltauswirkungen weltweit ansteigen", warnt Bauernbund-Fraktionsobmann **Karl Grabmayr**.

Aus diesem Grund unterstützt der OÖ Bauernbund Bestrebungen auf europäischer Ebene zur Schaffung von Klima- beziehungsweise Umweltzöllen. Für Importe in den europäischen Binnenmarkt aus Drittstaaten, die den strengen hiesigen Standards im Klima- und Umweltschutz nicht entsprechen, sollen Zölle eingeführt werden. Diese könnten sicherstellen, dass der Importpreis die CO₂-Belastung eines Produktes widerspiegelt und damit für Kostenwahrheit sorgt. Außerdem könnte als weiterer positiver Effekt etwa eine Eindämmung der Palmöl- und Kokosfett-Importe erreicht werden.

Notwendige Entlastung der Rindermäster

Das gesamte Jahr 2020 sowie auch das erste Quartal 2021 waren für die heimischen Rindfleischproduzenten extrem herausfordernd. Die Maßnahmen zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung der Corona-Pandemie mit mehreren Lockdowns und der kompletten Schließung der Gastronomie und Hotellerie haben zu schweren Marktverwerfungen und rückläufigen Einkommen geführt. Zu diesem Preisverfall kommen noch enorm gestiegene Kosten insbesondere bei den Eiweißfuttermitteln. Lang andauernde Perioden mit entsprechendem Marktdruck und vor allem ausgeprägten Tiefpreisphasen im Sommer führten jedoch schon 2019 zu sehr schlechten wirtschaftlichen Ergebnissen auf den Rindermastbetrieben. "Die Rindfleischbranche zeigt sich in den letzten Jahren sehr innovativ hinsichtlich der Vermarktung ihrer Produkte. Dennoch können die massiven Einkommensverluste der vergangenen Monate nicht kompensiert werden. Der OÖ Bauernbund fordert daher eine Entlastung aufbauend auf dem Qualitätsprogramm 'Qplus Rind' für die spezialisierten Rindermäster", so Grabmayr.

Fairness für Milchbauern

Die heimischen Milchbauern sind derzeit mit erheblichen Kostensteigerungen aufgrund erhöhter Energie-, Maschinen-, Baukosten- und Futterpreise sowie steigenden Anforderungen bei den Qualitäts- und Haltungsstandards konfrontiert. Während der internationale Markt bei Molkereiprodukten seit einigen Monaten von einer erfreulich positiven Preisentwicklung geprägt ist, kommen die Preise für den Inlandsabsatz aufgrund der marktbeherrschenden Stellung des Lebensmittelhandels kaum vom Fleck. "Unsere bäuerlichen Milchlieferanten werden es nicht mehr länger hinnehmen, wenn uns aufgrund der hohen Konzentration und Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels weiter längst überfällige positive Entwicklungen bei den Erzeugerpreisen vorenthalten werden. Wir produzieren beste heimische Lebensmittel zu sehr hohen Standards und pflegen die Kulturlandschaft. Daher wollen wir auch eine faire Abgeltung unserer Produkte", so Grabmayr. (Schluss)

LK Burgenland seit 90 Jahren verlässlicher Partner aller Bauern

Berlakovich: Hofübergaben erleichtern und Landwirtschaft innovativ weiterentwickeln

Eisenstadt, 24. Juni 2021 (aiz.info). - Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig die Selbstversorgung mit regionalen Lebensmitteln ist und wie fatal die Abhängigkeit bei Nahrungsmitteln von internationalen Märkten sein kann. Eine aktuelle KeyQUEST-Studie unterstreicht das positive Bild der Landwirtschaft in der Gesellschaft. "Unsere Bauern stellen Lebensmittel von hoher Qualität und mit höchsten Produktionsstandards her. Daher ist das Ergebnis der Studie umso erfreulicher. Konsumenten ist die Bedeutung der heimischen Landwirtschaft bewusst. So haben 94% der Befragten ein positives Bild von unseren Bauern. 85% sind überzeugt, dass der Beruf des Landwirts auch in Zukunft wichtig für die Gesellschaft sein wird. Nun gilt es, das positive Bild zu nutzen und den Beruf weiterhin zu attraktiveren, Hofübergaben zu erleichtern und die Landwirtschaft innovativ weiterzuentwickeln", berichtete **Nikolaus Berlakovich**, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Burgenland, bei der gestrigen Vollversammlung. * * * *

GAP: Die kommenden Wochen sind entscheidend

Die Verhandlungen zur Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) sind hier entscheidend, um die Agrarpolitik und Innovationen voranzutreiben. Vor allem gelten die Öko-Regelungen als einer der wichtigsten Knackpunkte in den Verhandlungen. "Die nächsten Wochen sind besonders wichtig für die Zukunft unserer Bauern. In der ersten Verhandlungsrunde zwischen Kommission, Rat und Parlament konnte noch keine Entscheidung über die Ausgestaltung der GAP erreicht werden. Diese ist aber von großer Bedeutung für unsere Bauern, um Planungssicherheit zu erhalten. Österreich und das Burgenland sind schon seit Jahren Vorreiter in der ökologisch-nachhaltigen Landwirtschaft. Wir wollen auch in Zukunft einen ökologischen Weg in der Landwirtschaft gehen und brauchen dafür die nötigen Mittel", plädiert Berlakovich.

Seit mehr als 90 Jahren ein verlässlicher Partner für alle Bauern

Die LK Burgenland ist seit mehr als 90 Jahren ein wichtiger Partner der Bauern im Land. Bereits seit vier Jahrzehnten ist die biologische Landwirtschaft ein Schwerpunkt in der LK. "Als Landwirtschaftskammer haben wir einen Bildungs-, Förderungs- und Interessenvertretungsauftrag, der alle Betriebe, auch Bio-Höfe, inkludiert und den wir über die Jahrzehnte erfolgreich ausführen. Aufgrund der guten Beratungsarbeit der LK hat das Burgenland einen Spitzenwert von 37% Bio-Anteil an agrarischer Nutzfläche. Im Vorjahr haben wir 70.019 Beratungen durchgeführt. Allein im Bio-Bereich waren es 21.006. Ab 1. Juli soll die Bio-Beratung von Behörden der Landesregierung durchgeführt werden. Bis jetzt wissen wir nicht, wie das ablaufen wird und wie wir mit unseren Bio-Betrieben weiterhin umgehen sollen, denn neben produktionstechnischen Fragen beraten wir unsere Betriebe in allen Bereichen. Von diversen Förderungen über Marktchancen bis hin zu betriebswirtschaftlichen Themen und rechtlichen Anliegen sind wir für unsere Bauern da", so der Präsident.

Der im Rahmen der Vollversammlung mehrheitlich beschlossene Tätigkeitsbericht 2020 der LK ist online unter www.lk-bgld.at abrufbar. (Schluss)

Markus Hoyos als Obmann der Land&Forst Betriebe Niederösterreich bestätigt

Nachhaltige Landbewirtschaftung hat Priorität

St. Pölten, 24. Juni 2021 (aiz.info). - **Markus Hoyos** wurde in der gestrigen Mitgliedervollversammlung der Land&Forst Betriebe Niederösterreich einhellig als dessen Obmann wiedergewählt. Mit diesem Vertrauensbeweis wird er sich auch weiterhin in der neuen Funktionsperiode für eine nachhaltige Landbewirtschaftung einsetzen. Oberste Priorität dabei ist, den fortschreitenden Klimawandel, mit dem auch ein Biodiversitätsverlust einhergeht, einzudämmen. "Daher sind wir bereit, die zukunftssträchtigen Branchen Klima und Energie, Bioökonomie und Biodiversität mit unserer Kompetenz mitzugestalten. Basis dafür sind nicht nur gesichertes Eigentum, freie Generationenfolge und Zugang zu Wissenschaft und Forschung, sondern auch die rechtlichen Rahmenbedingungen, um alternative Einkommen zu erzielen", betont Hoyos und ergänzt: "Außerdem sind wir in der Lage, geforderte Mehrleistungen zu erbringen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die nachhaltig geführten land- und forstwirtschaftlichen Familienbetriebe

weiterhin von ihrem Grund und Boden leben können. Dazu müssen Lösungen auf Augenhöhe geschaffen werden und muss das Grundrecht des Eigentums gewahrt bleiben." * * * *

Bereits in der bisherigen Funktionsperiode hat Hoyos bewiesen, dass ihm bei der Sicherstellung einer nachhaltigen Landbewirtschaftung der enge Kontakt mit Partnern, relevanten Entscheidungsträgern sowie den Mitgliedsbetrieben ein besonders Anliegen ist. "Diesen Weg werde ich fortführen, um bestmögliche Lösungen im vielfältigen Spektrum der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe für unsere Mitglieder weiterzuentwickeln. Schließlich verfolgt die nachhaltige Bewirtschaftung ökonomisch erfolgreich, ökologisch verantwortlich und gesellschaftlich akzeptiert ein gemeinsames Ziel", so Hoyos und setzt abschließend fort: "Insbesondere werde ich bei der bevorstehenden Gestaltung der NÖ Landesstrategie 2030 engagiert dafür eintreten, dass die Anliegen der Verbandsmitglieder Gehör finden. Denn schließlich trägt die nachhaltige Landbewirtschaftung einen wesentlichen Teil dazu bei, wenn es darum geht, auf Veränderungen in der Wirtschaft, in der Arbeitswelt und in der Umwelt aufgrund des Klimawandel zu reagieren. Gleichzeitig sind auch die Land- und Forstbetriebe kompetente und verlässliche Partner, wenn es um den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach Corona und die Zukunft Niederösterreichs insgesamt geht."

Hoyos ist studierter Forstwirt und führt seit Mitte der 1990er-Jahre seinen land- und forstwirtschaftlichen Familienbetrieb im Waldviertel und im südlichen Niederösterreich. Der 60-Jährige war zwischen 1996 und 2007 Vizepräsident der Land&Forst Betriebe Österreich und ist langjähriges Vorstandsmitglied des Verbandes in Niederösterreich. (Schluss)

Deutscher Bauerntag diskutiert Zukunft der Landwirtschaft

Rukwied: Nehmen Herausforderungen offensiv an

Berlin, 24. Juni 2021 (aiz.info). - Unter dem Motto "Zukunft Landwirtschaft" fand gestern und heute in Berlin der digitale "Bauerntag 2021" statt. In seiner Grundsatzrede betonte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, **Joachim Rukwied**, erneut die Bedeutung der Landwirtschaft in der Corona-Krise: "Wir Bauern waren in der Pandemie die Garanten für eine zuverlässige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und haben damit die soziale Stabilität in unserem Land sichergestellt. Deshalb braucht Landwirtschaft eine Zukunft in Deutschland, sonst wird dieses Land keine Zukunft haben", so Rukwied. Gleichzeitig müsse die Lebensmittelerzeugung mit so viel Artenvielfalt, Klima- und Umweltschutz verbunden werden wie möglich. * * * *

Merkel für Dialog zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft

Bundeskanzlerin **Angela Merkel** rief in ihrer Rede beim Bauerntag angesichts der immer höheren Erwartungen an eine nachhaltigere Lebensmittelproduktion zum Dialog mit den Bauern auf. Gebraucht werde dafür eine "Bereitschaft zur Veränderung sowohl bei der Landwirtschaft, aber eben auch bei den Verbrauchern", sagte sie laut Dow Jones News. Bei Verbesserungen des Tierwohls in den Ställen gehe es "nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie". Dazu gebe es inzwischen fundierte Vorschläge, sagte Merkel mit Blick auf das Konzept einer Expertenkommission, das auch mögliche Finanzierungswege umfasst.

Die Kanzlerin verteidigte das Gesetzespaket der Koalition für mehr Insektenschutz auf Agrarflächen. Dieses sei "ein tragbarer Kompromiss", der Verbesserungen für die Artenvielfalt, aber auch Ausgleich

für Belastungen vorsehe. Ihr sei bewusst, wie umstritten das Paket immer noch sei. Sollte es aber nicht beschlossen werden, werde das Problem Artenschutz nicht gelöst, sondern im Gegenteil noch drängender, argumentierte Merkel. Das Gesetzespaket biete auch Planungssicherheit für die Bauern. Empfehlungen einer vom Kabinett eingesetzten Expertenkommission zur generellen Ausrichtung der Landwirtschaft in Deutschland würden für Anfang Juli erwartet.

Innovative Wege beschreiten

"Wir gehen den Zukunftsweg mit", bekräftigte Rukwied. "Den Weg einer klima- und umweltschonenden Landwirtschaft wollen wir weiterentwickeln - etwa mit Digitalisierung oder neuen Züchtungstechniken. Die Fortschritte bei Düngung und Pflanzenschutz müssen weitergehen. Unser Ansatz ist und bleibt der kooperative Naturschutz", so der Präsident. Zudem sei der Umbau der Tierhaltung geplant. Jetzt sei jedoch die Politik am Zug und müsse für eine konkrete Finanzierung und das passende Bau- und Genehmigungsrecht sorgen. "Bei aller Bereitschaft zur Veränderung muss allen bewusst sein: Wirklich zukunftsfähig ist unsere Landwirtschaft am Ende nur, wenn sie auch wettbewerbsfähig ist", gab der Präsident zu bedenken.

Rukwied forderte, das Zukunftskonzept des Deutschen Bauernverbandes in der nächsten Legislaturperiode umzusetzen. Darin und in den Kernanliegen zur Bundestagswahl schlägt der DBV unter anderem vor, den Schutz der Grundlagen der menschlichen Ernährung und des Klimas ins Grundgesetz aufzunehmen. Ein weiteres Ziel ist es, gemeinsame Produktionsstandards im Markt zu entwickeln, welche zu Erlösverbesserungen für die Landwirte führen. Außerdem sollen beim Klimaschutz die Leistungen der Land- und Forstwirtschaft honoriert und soll deren besondere Rolle bei der Ernährungssicherung anerkannt werden. (Schluss) kam

Geflügelpest in Deutschland: Experten stufen Risiko jetzt als geringer ein

Biosicherheit in den Betrieben sollte weiterhin überprüft werden

Berlin, 24. Juni 2021 (aiz.info). - Das deutsche Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit (Friedrich-Loeffler-Institut, FLI) hat diese Woche seine Risikoeinschätzung zum Auftreten der Geflügelpest aktualisiert. Demnach wird die Gefahr eines Eintrags des Erregers in Geflügelhaltungen je nach Region als "gering bis mäßig" eingestuft. Das Institut mahnt aber nach wie vor zur Vorsicht beim Verbringen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf Länder mit derzeit aktivem Geschehen. Zudem sollte die Biosicherheit in den Geflügelhaltungen weiterhin überprüft und optimiert werden, so die Experten. * * * *

Nach wie vor treten in Deutschland und 19 europäischen Ländern Infektionen mit Geflügelpestviren (HPAIV) des Subtyps H5 auf. Der letzte Ausbruch bei Geflügel in Deutschland wurde am 27. Mai gemeldet. "Derzeit ist von einem geringen Eintragsrisiko durch Verschleppung des Virus zwischen Geflügelhaltungen innerhalb Deutschlands auszugehen. Für Wassergeflügelhaltungen wird die Gefahr des unerkannten Zirkulierens von HPAI H5-Viren und der Verbreitung zwischen Geflügelbeständen ebenfalls als gering eingeschätzt. Im Umfeld von Fundorten infizierter Wildvögel ist eine risikobasierte Einschränkung der Freilandhaltung (Aufstallung) von Geflügel zu empfehlen", so die Experten. Die weitere Entwicklung bleibe abzuwarten, insbesondere im Hinblick auf den Vogelzug in den kommenden Wochen.

Außerhalb Deutschlands wurden laut dem Institut seit Oktober 2020 mittlerweile 1.033 Ausbrüche bei Geflügel sowie 1.080 bei Wildvögeln und Vögeln in Tierparks in 28 europäischen Ländern gemeldet, mit Verlusten von mehreren Millionen Tieren. Seit dem 21. April 2021 meldeten elf europäische Länder bis Mitte Juni rund 200 neue Ausbrüche bei Geflügel, wobei die Mehrzahl der Meldungen aus Polen erfolgte.

Entwicklung in Österreich relativ glimpflich verlaufen

Mit insgesamt 30 nachgewiesenen Infektionen bei Wildvögeln ist der Seuchenzug für die heimische Geflügelwirtschaft relativ glimpflich abgelaufen. Mit 28. April wurde die Stallpflicht für Hausgeflügel aufgehoben. Ein Übergreifen der Vogelgrippe auf Geflügelhaltungen und damit verbundene wirtschaftliche Einbußen konnten verhindert werden. "Durch die relativ kurze Stallpflicht - zehn Wochen seit der definitiven Stallhaltung ab 17. Februar - konnten die betroffenen Legehennenbetriebe weiterhin Freilandware vermarkten. Eine Situation wie in Deutschland, wo lange Aufstallpflichten zu regionalen Engpässen bei Freilandeiern geführt haben, war in Österreich nicht der Fall", teilt die Agrarmarkt Austria mit. (Schluss)

Österreich hat prozentuell größten Zuwachs an Sojaanbau in Europa

Neuer Marktbericht von Donau Soja prognostiziert Rekordernte

Wien, 24. Juni 2021 (aiz.info). - Mit 75.000 ha Anbaufläche für heimisches Soja hat Österreich mit knapp 10% den prozentuell größten Zuwachs in Europa, dicht gefolgt von Deutschland und Russland. Das geht aus dem jüngsten Marktbericht des Vereins Donau Soja hervor. Durchschnittlich stieg die Anbaufläche von Soja in Europa um knapp 6%. Auch wenn die Ernte erst im September beginnen wird, stehen die Zeichen für eine weitere Rekordernte derzeit günstig. * * * *

"Wenn sich die Sojafelder in Österreich gut entwickeln, dann können die rund 12.000 heimischen Anbauer heuer eine Rekordernte von 225.000 t erwarten. Der positive Trend zeigt sich auch bei weiteren Anbauregionen in Europa. So ist bei guten Witterungsverhältnissen heuer eine Ernte von etwa 10 Mio. t auf knapp 4,3 Mio. ha Anbaufläche möglich. Das ist nur etwa ein Fünftel dessen, was in der EU vor allem für Tierfutter verbraucht wird. Vier Fünftel des Bedarfs, zumeist gentechnisch produziertes Soja aus Südamerika und den USA, müssen importiert werden", berichtet **Matthias Krön**, Präsident von Donau Soja. "Jede Tonne von zertifiziertem, gentechnikfreiem und nachhaltigem Soja, die in Europa wächst, hilft mit, die grüne Lunge des Planeten in Südamerika zu stabilisieren. Für heuer wird deutlich mehr nachhaltig produziertes und zertifiziertes Soja aus europäischen EU- und Nicht-EU-Ländern zur Verfügung stehen als im Vorjahr", so Krön.

Wie bei anderen Ackerkulturen sind die Preise für Soja heuer massiv gestiegen und näherten sich bereits einem Rekordniveau. Den heimischen Landwirtschaftsbetrieben und den Produzenten von Sojaprodukten empfiehlt Krön, schon jetzt möglichst längerfristige Verträge mit zertifizierten europäischen Soja-Landwirten abzuschließen, um den gentechnikfreien Sojaanbau in Europa zu fördern und sich von dramatischen Preisschwankungen unabhängiger zu machen. (Schluss)

OÖ Bauernparlament fordert rasche Umsetzung der Pflegereform

Weitere Diskussionen über Anforderungen an neue GAP und Tierwohl

Linz, 24. Juni 2021 (aiz.info). - "Die Corona-Pandemie hat 2020 und auch heuer zu heftigen Marktturbulenzen geführt und gerade im Fleischbereich die Preise gedrückt. Für die Land- und Forstwirtschaft wurden daher Unterstützungsmaßnahmen und Initiativen gesetzt, um die Einkommenseinbußen teilweise abzufedern und trotz der schwierigen Marktlage positive Anreize für Investitionen zu setzen. So wurden wichtige Impulse, etwa durch die Investitionsprämie oder den Agrarinvestitionskredit, gesetzt. Gerade für Rindermäster haben die Lockdowns und Gastroschließungen aber zu schweren Marktverwerfungen und rückläufigen Einkommen geführt. Auch aufgrund gestiegener Futterkosten ist die Lage für die spezialisierten Rindermäster prekär", erklärte heute Oberösterreichs Landwirtschaftskammer (LK)-Präsidentin **Michaela Langer-Weninger** bei der Vollversammlung. * * * *

"Qualitätsprogramme schaffen durch eine Produktdifferenzierung und Markenstrategie teilweise Abhilfe. Im Rindbereich gibt es etwa das Programm 'Qplus Rind' mit der Zielsetzung, durch Kennzahlenauswertungen und Leistungsberichte für Betriebe eine kontinuierliche Qualitäts- und Leistungsverbesserung in der Rinderhaltung zu ermöglichen. Durch konkrete Maßnahmen werden die biologischen Leistungen und zugleich auch die Anteile hochwertiger Qualitäten bei der Vermarktung gesteigert. In Österreich nehmen bisher etwa 2.900 Betriebe am Programm 'Qplus Rind' teil", berichtete Langer-Weninger.

Entlastung für spezialisierte Rindermäster

Als zusätzlicher Anreiz für die Teilnahme am Qualitätsprogramm wird die De-minimis-Förderung für die teilnehmenden Betriebe wesentlich erhöht. Daneben sollen die Optimierung der Produktionstechnik und gesteigerte Verkaufserlöse einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit in der Rindfleischproduktion leisten. Die Landwirtschaftskammer fordert jedenfalls, aufbauend auf "Qplus Rind", eine nachhaltige Kompensation von Einkommensverlusten für spezialisierte Rindermäster.

Pflegereform muss bäuerliche Familien berücksichtigen

"Der im Herbst 2020 angestoßene Prozess zur Pflegereform wird von den Bäuerinnen und Bauern nicht nur begrüßt, sondern mit Nachdruck eingefordert. Immerhin werden viele pflegebedürftige Angehörige auf bäuerlichen Betrieben im Familienverband betreut - das ist aber neben der Tätigkeit am Hof oder in anderen Berufen eine echte Herausforderung. Eine Unterstützung und Entlastung ist daher dringend erforderlich. Die LK-Vollversammlung fordert eine Pflegegelderhöhung in den höheren Pflegestufen, die Einführung des "Pflege-daheim-Bonus" für Angehörige und eine bessere Förderung der 24-Stunden-Betreuung.

GAP und Nationaler Strategieplan brauchen Anreize

Die Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) und Auswirkungen des vorliegenden Fachentwurfs des Nationalen Strategieplans waren weitere Diskussionspunkte in der Vollversammlung. Der gesamte Strategieplan soll trotz notwendiger hoher Klima- und Umweltambitionen weiterhin zu einer breiten Teilnahme am Agrarumweltprogramm und zum Einkommen der Landwirtschaft beitragen. "Entscheidend ist die Praxisnähe der Regeln, nur so können möglichst viele Betriebe an den Programmen teilnehmen. Die Anforderungen müssen zudem innerhalb der Union vergleichbar sein, damit die heimischen Betriebe weiterhin wettbewerbsfähig bleiben können. Das GAP-Regelwerk braucht attraktive Anreize, damit eine möglichst flächendeckende Beteiligung an freiwilligen Maßnahmen für Klimaschutz, Biodiversität und Tierwohl erreicht werden kann", so die Präsidentin.

Bäuerinnen und Bauern dürfen nicht auf Mehrkosten sitzen bleiben

Neben den Themen EU-Bio-Audit und Herkunftskennzeichnung, wo nun Bewegung seitens des Gesundheitsministeriums zu verzeichnen ist, waren auch die stetig steigenden Anforderungen an Tierwohl und Haltungsbedingungen im Fokus der Vollversammlung. "Die österreichischen Bäuerinnen und Bauern haben großes Interesse an der Nachhaltigkeit ihrer Produkte und sind bereit, die GVO-freie Fütterung und weitere Verbesserungen in der Tierhaltung offensiv voranzutreiben, wenn diese in Kombination mit einer entsprechenden Abgeltung am Markt geschehen. Die bäuerlichen Betriebe dürfen nicht auf den Mehrkosten sitzen bleiben", erklärte Langer-Weninger.

Die Frage nach der Umsetzung der Forderungen aus dem Tierschutzvolksbegehren könne nicht mit der "Gesetzeskeule" beantwortet werden. Sinnvoller sei das Setzen von richtigen Anreizen und von Branchenvereinbarungen mit Produzenten. Die Branchen selbst seien bereits dabei, die Weiterentwicklung von Standards auch ohne gesetzliche Vorgaben voranzutreiben. Auf dem Weg zu mehr Tierschutz und Nachhaltigkeit müssen aber auch die Wirtschaft, der Handel, die Gastronomie und die Konsumenten mit ins Boot geholt werden, war man sich einig. (Schluss)

Geisler: Tirols Bergwald in all seinen Funktionen stärken

"Waldstrategie 2030" definiert künftige Schwerpunkte und Handlungsfelder

Innsbruck, 24. Juni 2021 (aiz.info). - "Der Umbau der Tiroler Wälder hin zu klimafitten Bergwäldern ist und bleibt eine Kernaufgabe des Landesforstdienstes. Zusätzliche Aufgaben erhält der Forstdienst im Naturraummanagement. Die Vermeidung von Konflikten und der Ausgleich der Interessen zwischen den verschiedenen Nutzern im Wirtschafts-, Natur- und Erholungsraum Wald stehen dabei im Vordergrund. Mit der 'Waldstrategie 2030' wurden die künftigen Schwerpunkte und Handlungsfelder des Landes Tirol im forstlichen Bereich definiert." Dies teilte heute LH-Stellvertreter **Josef Geisler** mit. * * * *

"Unser Ziel ist es, den Tiroler Bergwald in all seinen Funktionen zu stärken. Dazu ist es notwendig, dass die Wälder mit Unterstützung des Forstdienstes nachhaltig bewirtschaftet werden", so Geisler. Für Landesforstdirektor **Josef Fuchs** ist die "Waldstrategie 2030" Standortbestimmung, Leitlinie und Arbeitsauftrag: "Unsere Aufgabe ist es, den Bergwald als Einkommensquelle und Arbeitsplatz, als Schutzschild vor Naturgefahren, aber auch als Erholungs- und Naturraum zu erhalten und weiterzuentwickeln", betonte er.

45.000 ha Wald direkt von Klimawandel betroffen

In den nächsten zehn Jahren werden die Anstrengungen fortgeführt, Tirols Wälder in klimafitte Bergwälder, die Trockenheit, Hitze, Schädlingen und extremen Wetterereignissen besser standhalten, umzubauen. "45.000 ha Wald auf einer Seehöhe unter 1.000 Metern sind aufgrund der derzeitigen Baumarten-Zusammensetzung stark und unmittelbar von Klimaveränderungen betroffen. Auf diese Flächen werden wir uns in engster Zusammenarbeit mit den Waldbesitzern konzentrieren", so Geisler. In tieferen Lagen wird die Fichte zugunsten von Mischbaumarten wie Buche, Ahorn, Eiche oder Linde zurückgehen. In den höheren Lagen verschiebt sich das Verhältnis zugunsten von Lärche, Kiefer und Tanne.

Das 2014 von der Landesregierung gestartete und vom Forstdienst entwickelte Programm "Bergwelt Tirol - miteinander erleben" wird ausgebaut. Ziel ist es, die verschiedenen Nutzungsansprüche im Bergwald zu kanalisieren und ein Miteinander auf Dauer zu gewährleisten. "Wir brauchen Respekt vor dem Eigentum und gegenseitige Rücksichtnahme. An diesen Leitlinien orientiert sich die Weiterentwicklung naturverträglicher Freizeitangebote", so Geisler.

Bewirtschaftung durch Einkommen sichern

"Seine Funktion als Erholungsraum, Hoffnungsträger in der Klimakrise sowie als Schutzschild vor Naturgefahren kann der Wald nur erfüllen, wenn er bewirtschaftet wird, doch Waldarbeit muss sich auch rechnen", gab der Forstreferent zu bedenken. Die Erlöse aus der alpinen Forstwirtschaft verlaufen auch aufgrund der hohen Schadholzmengen der letzten Jahre sehr sprunghaft. Mittelfristig werden allerdings gute Chancen prognostiziert. "Der weltweite Holzbedarf wird steigen, und Holz als Baustoff sowie nachhaltiger, CO₂-neutraler Energieträger gewinnt an Bedeutung. Die guten Preise müssen aber auch bei den Waldbauern ankommen. Den Waldaufsehern kommt bei der Holzlogistik und zunehmend auch bei der Holzvermarktung eine zentrale Rolle zu", unterstrich Geisler.

Holznutzung: Potenzial nicht ausgeschöpft

Die "Waldstrategie 2030" ist eine Weiterentwicklung der aus dem Jahr 2011 stammenden "Waldstrategie 2020". "In den vergangenen zehn Jahren ist viel gelungen, in einigen Bereichen sind unsere Prognosen aber nicht eingetreten", bilanzierte Fuchs. Nicht erreicht werden konnte beispielsweise die angestrebte Steigerung des Holzeinschlags. "Im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre haben wir etwas mehr als zwei Drittel des jährlichen Zuwachses geerntet, deshalb müssen wir die Holznutzung weiter forcieren", so Fuchs.

Klimawandelanpassung im Plan

Gute Fortschritte gibt es bei der Anpassung des Tiroler Bergwaldes an die Klimaveränderung. "Der Anteil der Mischbaumarten bei Aufforstungen liegt aktuell bei mehr als 50%, vor zehn Jahren waren wir bei einem Drittel", berichtete Fuchs. Seit dem Jahr 2000 hat der Flächenanteil der weniger trocken- und hitzeresistenten Fichte im Ertragswald von 60 auf 54% abgenommen. Der Trend Richtung Mischwald spiegelt sich auch in den Landesforstgärten wider. Bewährt hat sich das Engagement des Forstdienstes im Naturgefahrenmanagement im Bereich der Wildbäche. Dieses Aufgabenfeld wurde dem Landesforstdienst vor zehn Jahren überantwortet. 10.000 Abflusshindernisse und 660 Schäden an Schutzbauten wurden seit der Einführung des gemeinsamen

Systems mit den Gemeinden, der Wildbach- und Lawinerverbauung sowie dem Land Tirol dokumentiert und behoben. Zahlreiche Initiativen hat der Landesforstdienst bei der Entwicklung und Umsetzung von naturverträglichen Freizeitangeboten im Wald gesetzt. Für 6.400 km Mountainbike-Routen und 330 km Single-Trails gibt es Verträge mit den Wegerhaltern. (Schluss)

Klimaschutz durch Waldbewirtschaftung und Holzverwendung

Österreichischer Forstverein präsentiert sein Positionspapier

Wien, 24. Juni 2021 (aiz.info). - Die Bewältigung der durch den ungezügelten Verbrauch fossiler Rohstoffe verursachten globalen Klimakrise wird auch die Herausforderung der Zukunft bleiben. Der von der EU-Kommission im Dezember 2019 präsentierte "Green Deal" hat unter anderem zum Ziel, dass bis 2050 in der EU keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden. Anlässlich des Webinars "Gesellschaftspolitische Brisanz rund um Wald und Holz" hat der Österreichische Forstverein mit seinem Positionspapier "Beitrag der Forstwirtschaft zur Klimaneutralität 2050" zum Thema klar Stellung genommen. * * * *

Alleiniger Fokus auf den Kohlenstoffspeicher Wald ist zu wenig

"Der ungezügelte Verbrauch fossiler Rohstoffe ist der größte Treiber der Klimakrise. Es wäre naiv zu glauben, dass das Problem Klimawandel durch die Speicherung von Kohlenstoff in Land-beziehungsweise Waldökosystemen bewältigt werden könnte. Die derzeit noch auf fossilen Rohstoffen basierende Wirtschaft muss unter Nutzung der biogenen Kohlenstoffkreisläufe auf erneuerbare und nachwachsende Rohstoffe umgestellt und insgesamt der Ressourcenverbrauch drastisch reduziert werden. In 1 m³ Holz ist rund 1 t CO₂ gespeichert. Noch einmal dieselbe Menge fossiler Emissionen wird erst gar nicht erzeugt, wenn man fossil basierte Produkte durch Holz ersetzt. Dieser 'Substitutionseffekt' muss von der Politik berücksichtigt und das große Rohstoffpotenzial der Wälder genutzt werden", spricht **Johannes Wohlmacher**, Präsident des Österreichischen Forstvereins, mögliche Lösungen zur Abmilderung der Klimakrise an.

Klimaschutz-Dienstleistungen honorieren

"Grundsätzlich erbringt das Ökosystem Wald zahlreiche Wirkungen von selbst. Wenn durch Maßnahmen des Menschen eine Waldwirkung jedoch gezielt verbessert wird, handelt es sich zweifelsfrei um eine Ökosystem-Dienstleistung. Waldbesitzerinnen und -besitzer sollten daher im Sinne einer rechtsstaatlichen Fairness für ihre Klimaschutz-Dienstleistungen angemessen abgesehen werden. Dass der Wald auch in Zukunft seine Funktion als Klimaregulator wahrnimmt, kann bei den stark veränderten Umweltbedingungen auch nicht mehr als selbstverständlich angesehen werden", so der Präsident weiter.

Webinar "Gesellschaftspolitische Brisanz rund um Wald&Holz"

Auch die Referenten der Online-Veranstaltung haben die verschiedenen Facetten des Themas aufgezeigt. **Franz Sinabell** vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung referierte über die "Bedeutung von Wald&Holz für den ländlichen Raum in Österreich" und zeigte die wirtschaftliche Komponente der Waldbewirtschaftung und Holzverarbeitung auf. **Michael Getzner** von der Technischen Universität Wien informierte über den "Wert des Bundesforste-Waldes für die

Gesellschaft". Nachweislich werden durch eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, bei der Ökonomie und Ökologie im Einklang stehen, hohe Werte für die Gesellschaft geschaffen. Nach wie vor wird im Wesentlichen aber nur die Produktion von Holz über die Produktpreise abgegolten. Über die "Bekämpfung der Klimakrise - Waldschutz oder Holzverwendung" berichtete **Peter Weiss** vom Umweltbundesamt. Dabei wurde klar kommuniziert, dass der größte Klimaschutzeffekt durch den Ersatz CO₂-intensiver beziehungsweise fossiler Rohstoffe durch Holz und Holzprodukte erzielt wird.

Kurzvideos zu Waldbewirtschaftung, Biodiversität und Klimaschutz

Während des Webinars wurden auch neue Kurzvideos der Kooperationsplattform Forst Holz Papier (FHP) zu Waldbewirtschaftung, Biodiversität und Klimaschutz präsentiert, in denen auch Klima- und Wetterexperte Marcus Wadsak zu Wort kommt. Die Videos, alle Vorträge, eine Aufzeichnung des Webinars sowie das Positionspapier des Österreichischen Forstvereins gibt es auf der Homepage www.forstverein.at. (Schluss)

Elf bäuerliche Betriebe in Oberösterreich als Erbhöfe ausgezeichnet

Hiegelsberger: Landwirtschaft ist gelebte Nachhaltigkeit

Linz, 24. Juni 2021 (aiz.info). - Elf bäuerliche Betriebe aus den oberösterreichischen Bezirken Eferding, Grieskirchen, Freistadt, Perg, Rohrbach und Schärding haben am Dienstag, 22. Juni 2021, den Ehrentitel "Erbhof" erhalten. Diese Auszeichnung wird von der Landesregierung an landwirtschaftliche Betriebe verliehen, die seit mindestens 200 Jahren in derselben Familie weitervererbt und aktiv bewirtschaftet werden. Erbhöfe zeigen eindrucksvoll, wie stark Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert ist. Die Weitergabe des Betriebes in einer guten wirtschaftlichen Verfassung ist beinahe in jeder Familie die Hauptmotivation. Daher steht für die heimischen Bauernhöfe der schonende Umgang mit den Böden als entscheidendes Produktionsmittel ganz klar im Zentrum. * * * *

"Die Ehrenbezeichnung 'Erbhof' zeichnet jene Bauernfamilien aus, die durch ihre harte und unermüdliche Arbeit über Generationen hinweg den Erhalt ihres Betriebes sicherstellen. Die Auszeichnung steht für Arbeit und Leistung, für das Zusammenstehen als bäuerliche Familie und als Betrieb, für den Erhalt und die Weitergabe von Wissen, Werten und Traditionen", erklärte Landeshauptmann **Thomas Stelzer** bei der Ehrung und versicherte die Bäuerinnen und Bauern des Bundeslandes seines Rückhalts.

Bäuerliche Familienbetriebe stärken den ländlichen Raum

Gut 6.200 Betriebe in Oberösterreich tragen den Titel 'Erbhof', der seit 1931 verliehen wird. Agrar-Landesrat **Max Hiegelsberger**, auch selbst stolzer Besitzer eines Erbhofes, betonte in der Feier den hohen Wert der Familienbetriebe für die Landwirtschaft und den gesamten ländlichen Raum: "Die Organisation als Familienbetriebe ist sicherlich der Hauptgrund dafür, dass unsere Landwirtschaft mit ihren, im internationalen Vergleich sehr kleinen Betriebsgrößen so weiter bestehen kann. Familie und Betrieb gehören zusammen, die Arbeit am Hof wird auf mehrere Schultern verteilt und die Generationen ziehen an einem Strang. Darauf beruht die wirtschaftlich erfolgreiche Arbeit auf den Höfen. Der ländliche Raum profitiert sehr stark von den bäuerlichen Betrieben vor Ort. Sie sind

das Rückgrat des Vereinslebens und der ländlichen Wirtschaft. An den bäuerlichen Investitionen hängen viele Arbeitsplätze. Dass das auch so bleibt, dafür stehen in besonderer Weise unsere Erbhöfe: Mit der Erfahrung von 200 Jahren oder acht Generationen sind sie auch für die Zukunft gut gerüstet." (Schluss)

Ukraine: Mais-Anbaufläche 2021 gesunken

Steigerung bei Sonnenblumen und Zuckerrüben

Kiew, 24. Juni 2021 (aiz.info). - In der Ukraine ist die diesjährige Frühjahrsbestellung zur Mitte vergangener Woche im Großen und Ganzen abgeschlossen worden, teilte das Kiewer Landwirtschaftsministerium mit. Dabei betrug die Aussaatfläche von Sommergetreide einschließlich Leguminosen laut einer vorläufigen Schätzung des Ressorts insgesamt etwa 7,5 Mio. ha. Gut 5,3 Mio. ha davon machte das Areal von Körnermais aus; im Vergleich zum Endergebnis des vergangenen Jahres waren es um 2,8% weniger. Dagegen sollen die Anbauflächen von Sonnenblumen und Zuckerrüben ausgeweitet worden sein, und zwar um 1,8% auf rund 6,5 Mio. ha beziehungsweise um 3,7% auf 227.100 ha. (Schluss) pom